

| | | | |
|---------------------------|---|--------------------------|----------|
| Protokoll: | Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart | Niederschrift Nr. | 115 |
| | | TOP: | 4 |
| | Verhandlung | Drucksache: | 821/2019 |
| | | GZ: | JB |
| Sitzungstermin: | 23.09.2019 | | |
| Sitzungsart: | öffentlich | | |
| Vorsitz: | BMin Fezer | | |
| Berichterstattung: | Frau Dr. Heynen (JugA) | | |
| Protokollführung: | Frau Kappallo / pö | | |
| Betreff: | Geschäftsbericht des Jugendamts 2018 | | |

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Jugend und Bildung vom 1308.2019, GRDRs 821/2019. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigefügt. Ein Exemplar des Geschäftsberichts ist dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigefügt.

In dem jährlich wiederkehrenden Bericht werde die vielfältige Arbeit des Jugendamts, insbesondere der Jugendhilfe, dargestellt, so die Vorsitzende. Im Hinblick auf die neuen Mitglieder im Jugendhilfeausschuss werden von BMin Fezer die Abteilungsleiter*innen des Jugendamts nacheinander vorgestellt: Herr Korn (Abteilungsleiter der Dienststelle 51-00-1/Verwaltung und stellvertretende Amtsleitung), Frau Schulze (Abt. Zentrale Dienste), Frau Streicher-Kilsch (Abt. Kindertagesbetreuung/Schulkindebetreuung), Herr Herweg (Abt. Jugendhilfeplanung), Frau Kiefl (Abt. Familie und Jugend) und Herr Herzog (Abt. Erziehungshilfen). Die Vorsitzende verweist in dem Zusammenhang auf die neue Organisation innerhalb des Jugendamts und erklärt, die Abteilungsleiter*innen werden nach der Berichterstattung auf fachliche Fragen antworten.

Zur Einführung in den Bericht übernimmt Frau Dr. Heynen das Wort. Der Geschäftsbericht des Jugendamts zeige die strukturellen Veränderungen, die im letzten Jahr vorgenommen worden seien, auf den Seiten 14 und 15 mittels eines Organigramms auf. Anschließend geht Frau Dr. Heynen gemäß Organigramm auf die verschiedenen Abteilungen und deren Aufgaben ein.

StR Celik (90/GRÜNE) verliest eine Rede, die dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt ist. Nach seinem Redebeitrag stellt er folgende Frage:

- Welche weiteren Ideen und Maßnahmen gibt es seitens des Jugendamts, die Personalsituation und Bewerberlage im Bereich der Kitas zu verbessern?

Die Digitalisierung als Maßnahme beschreibt Herr Korn als herausforderndes Thema, das in den nächsten Jahren gestemmt werden müsse. Dies beziehe sich auch auf die freien Träger, gerade im Feld der Abrechnungen und der Zuwendungsbescheide sowie der Anträge und deren schnellere Bearbeitung. Im weiteren Verlauf informiert er, in der Stadtverwaltung sei das E-Recruiting für alle Stellenausschreibungen erfolgreich zu einem Abschluss gekommen. Ebenso finde eine digitale Bearbeitung statt, unterstreicht Herr Korn. Der Gemeinderat habe dieses Thema in den letzten Jahren weitreichend finanziell unterstützt. Ebenso konnte durch den Tarif+ ein erheblicher Ausbau der Ausbildung erreicht werden. Die Auslandsanwerbung sei ebenfalls durch finanzielle Beschlüsse erfolgreich ermöglicht worden. Herr Korn erinnert, dass vor der Sommerpause eine Mitteilungsvorlage im Jugendhilfeausschuss vorgestellt worden sei, die weitere Ausbauschritte in der Kindertagesbetreuung vorsehe. Für die klassische Erzieher*innen-Ausbildung sei ein Stipendium auf den Weg gebracht worden, da die Praxisintegrierte Ausbildung (PiA) einen größeren Zulauf erfahre. Darüber hinaus werde ein "Onboarding" für die neuen Erzieher*innen initiiert, um diese Personengruppe stärker im Visier zu haben und mit dieser Maßnahme besser zu betreuen. Dieses Ansinnen sei bereits während des Bewerbungsvorgangs angedacht.

Frau Streicher-Kilsch ergänzt zur Personalgewinnung, das Thema des Personalerhalts habe eine hohe Bedeutung innerhalb des Jugendamts, da die Fluktuation sehr hoch sei, wenn sich die Mitarbeiter*innen nicht wohlfühlten. Diese Maßnahme knüpfe direkt an das "Onboarding" an.

- Was kann dafür getan werden, die Meldebereitschaft im Bereich des Kinderschutzes zu erhöhen?
- Welche Unterstützung und Ressourcen werden im Bereich der Erziehungsberatung, z. B. beim Familienrat, benötigt?
- Liegen Pläne für die Weiterentwicklung und bei der Jugendhilfe im Strafverfahren vor?

Frau Dr. Heynen äußert, über den Bereich Jugendhilfe im Strafverfahren müsse sich aufgrund neuer EU-Richtlinien, die einen höheren Personalbedarf forderten, Gedanken gemacht werden. Darüber hinaus gebe es den Bedarf eines zweiten Hauses des Jugendrechts, das nicht ganz einfach zu realisieren sei. Diese beiden Themen müssten geklärt werden, was sich nicht einfach gestalten werde.

- Gibt es Pläne und Ideen im Elternseminar, die Initiative Z sowie Angebote für geflüchtete Familien perspektivisch zusammenzuführen?

Frau Schulze spricht von einer absoluten Notwendigkeit einer Zusammenführung, die aufgrund der Gemengelage erforderlich sei. Bei diesen Maßnahmen greife die Bildungscoordination mit einer Vernetzung der Akteure, damit die geflüchteten Familien im Alltag auf diese Angebote zurückgreifen könnten.

StRin Ripsam (CDU) lobt den Bericht hinsichtlich der Qualität, der durch die Hinzunahme von Grafiken für die Stadträt*innen besser lesbar geworden sei. Der Geschäftsbericht werde regelmäßig von ihr zur Hand genommen, damit sie sich über Daten und

Fakten informieren könne. Sie bedankt sich bei allen Mitarbeiter*innen des Jugendamts, die die Arbeit das ganze Jahr hindurch leisteten.

Bezogen auf die Seiten 17 bis 19 zum Kinderschutz interessiert StRin Ripsam der Anstieg um 8,6 %. Zum sexuellen Missbrauch äußert sie, bei 85 Verdachtsfällen und 104 betroffenen Kindern sei jedes Kind zu viel, das sexualisierte Gewalt erfahre. Hierbei sei zu überlegen, ob weitere Maßnahmen erforderlich seien. In den Haushaltsplanberatungen sollte ein besonderes Augenmerk auf den Kinderschutz, gegebenenfalls mit einer Personalaufstockung, gelegt werden.

Frau Dr. Heynen spricht von sehr komplexen Aufgaben im Kinderschutz. Die mediale Aufmerksamkeit spiegle den Spagat zwischen Nichtstun und dem Auseinanderreißen von Familien wider. Bei diesen komplexen Prozessen, die in Abstimmung mit den freien Trägern, der Polizei, der Schule sowie dem Familiengericht und den Familien mit ihren Kindern und Jugendlichen stattfinden, müsse der Bedarf eruiert werden. Dieses komplexe Geschehen verlange vermehrt Personal.

Zum Kita-Platzmanagement auf Seite 46 berichtet StRin Ripsam über unangenehme Gespräche mit Eltern, die der Auffassung seien, die Stadt bekomme das Thema nicht in den Griff. Hierbei regt sie die Veröffentlichung von positiven Meldungen an. Bezogen auf Seite 67, die Qualitätsentwicklung in den Kitas, stellt sie die sprachliche Kompetenz als Dreh- und Angelpunkt heraus. Die Stadträtin interessiert, welche Fähigkeiten darüber hinaus den Kindern vermittelt werden. Besonders der Umgang mit Stift und Schere liegt ihr am Herzen.

Frau Streicher-Kilsch nennt die Sprache als zentrales Element in der Erziehung, die im Sinne der ganzheitlichen Sprachförderung in den Kitas geleistet werde. Die motorischen Fähigkeiten, wie Fein- und Grobmotorik sowie Rhythmik, werden dabei ebenso gefördert. Ein weiterer Schwerpunkt sei der gelingende Übergang von der Kita in die Grundschule, der mit Grundschulkooperationen angegangen werde.

Auf Seite 77 des Berichts bemerkt StRin Ripsam eine Verdoppelung der Unterhaltsvorschusszahlungen auf insgesamt 9 Mio. €. Dabei bezieht sie diese Entwicklung auf die geänderte Rechtslage. Im Hinblick auf den Anstieg möchte die Stadträtin wissen, ob sich die Zahlungsbereitschaft der Unterhaltspflichtigen verändert habe. Hierzu erläutert Frau Dr. Heynen, das Thema sei sehr herausfordernd und mit einem hohen Personaleinsatz verbunden.

Angesichts der Entwicklung der Kindertagespflege auf Seite 78 des Berichts stellt StRin Ripsam eine Gleichförmigkeit in der Anzahl der Pflegepersonen fest. Ein Ausbau wäre ihrer Ansicht nach wünschenswert.

Hierzu unterrichtet Frau Schulze, sowohl im Jahr 2018 als auch im Jahr 2019 seien verschiedene Maßnahmen entwickelt worden, die die Kindertagespflege gestärkt hätten. Die vom Gemeinderat beschlossenen Stellen konnten allerdings erst zum März 2019 besetzt werden. Mit der Qualifizierungsoffensive mit 300 Unterrichtseinheiten (UE) werde ein Ausbau der Kindertagespflegepersonen erhofft. Dieser Personenkreis könne sich nach den 300 UE aufmachen, um im Anschluss die Erzieher*innen-Ausbildung zu absolvieren. Sie habe Hoffnung, dass das Angebot greife und nicht eine abschreckende Wirkung erziele. Eine weitere Erwartung liege auf den Erzieher*innen in der Familienphase, die mit 30 UE die Pflegeerlaubnis erhalten könnten, um in der Familienphase

neben ihrem eigenen Kind in der Kindertagespflege aktiv zu werden, beispielsweise im Vertretungsmodell oder in der Großtagespflege. Frau Schulze meint, sie sei optimistisch, mit den aufgezeigten Maßnahmen die Kindertagespflege weiter auszubauen.

Auf Seite 84 werde die Essensversorgung in den Kitas mit der Ausgabe von 1,6 Mio. Essen beziffert, stellt StRin Ripsam fest. Hierbei betont sie die Wichtigkeit und die Bereitschaft der Stadt, die finanziellen Mittel bereitzustellen. Der Essenszuschuss sei auf 1,88 € für die freien Träger angehoben worden. Allerdings sei im Bericht von einem Wareneinsatz von 1,66 € die Rede. Hierzu bittet sie um eine Erklärung.

Lobend äußert sich auch StRin von Stein (FW) und stellt ergänzend eine Frage nach dem Wareneinsatz in der Essensversorgung. Sie interessiert sich für die Vollkosten einer Essensportion. Hierzu erläutert Herr Korn, der Betrag von 1,66 € beziehe sich auf den Wareneinsatz bei der Stadt. Der Betrag von 1,88 € beziehe sich dagegen auf die Förderung der Kosten, die bei den freien Trägern anteilig gefördert werden, analog den Ausgaben, die die Stadt in einer Vollkostenrechnung aufzubringen habe. Die Vollkosten seien abhängig vom Personaleinsatz, und dieser hänge mit der Essenserzeugung zusammen, ergänzt Herr Korn. Die Fragen der beiden Stadträtinnen haben ihm gezeigt, so Herr Korn, dass eine präzisere Darstellung vonnöten sei.

Bezogen auf die letzten Haushaltsplanberatungen erinnert StRin Ripsam an eine beschlossene Stelle im Hochbauamt für die Umsetzung der Sanierungen der Kitas, damit diese schneller vonstattengingen. Hierbei interessiert sie, ob sich Verbesserungen bereits abzeichneten. Herr Korn erklärt, es würden keine Verbesserungen durch die Stelle beim Hochbauamt bemerkt, da sich inzwischen eine riesige Bugwelle gebildet habe. Mittlere sowie kleinere bauliche Vorhaben könnten in den Kitas aufgrund der Erhöhung des Schwellenwerts vorgenommen werden. Diese Erhöhung hätte etwas Abhilfe gebracht. Allerdings sei die Situation nicht zufriedenstellend. Auf erneute Nachfrage von StRin Ripsam, ob es einen Mitarbeiter*in im Hochbauamt gebe, der/die sich ausschließlich Kita-Belangen annehme, antwortet Herr Korn, für die Fachverwaltung im Jugendamt sei dies nicht erkennbar.

Im weiteren Verlauf fragt StRin Ripsam nach dem jährlichen finanziellen Aufwand für die Jugendhilfe in Stuttgart und nach dessen Fortschreibung der Ausgaben. Frau Dr. Heynen erläutert, im Geschäftsbericht sei die Anzahl von 3.487 Stellen im Jugendamt aufgeführt. Bei der Personalratswahl hätten 4.600 Mitarbeiter*innen die Möglichkeit gehabt, wählen zu gehen. Die Kennzahlen zum Haushaltsplan befänden sich auf Seite 101 des Geschäftsberichts, unterrichtet die Jugendamtsleiterin. Die Aufwendungen im Jahr 2018 lägen bei 546 Mio. €, die geplanten Aufwendungen werden im kommenden Haushalt veröffentlicht. Herr Korn ergänzt, die Zahlen seien im Haushalt sehr gut ersichtlich. Er nehme den Ansatz gerne auf, die Kennzahlen der Erziehungshilfe sowie des Kitabereichs in den nächsten Geschäftsbericht aufzunehmen und präziser darzustellen.

StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) äußert, als neues Mitglied im Gremium habe er sich bisher mit den Geschäftsberichten des Jugendamts nicht beschäftigt. Er freue sich allerdings auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und hoffe, dass sich in den kommenden Haushaltsplanberatungen die finanzielle Bereitschaft der Stadträt*innen niederschlage.

Zu den Willkommensbesuchen im Rahmen der Frühen Hilfen möchte StRin von Stein wissen, warum lediglich 68 % der Besuche in Anspruch genommen bzw. realisiert werden. Ihr sei es äußerst wichtig, dass diese Maßnahme zeitnah nach der Geburt des Kindes von den jungen Eltern genutzt werde.

Frau Kiefl erläutert zu der sinkenden Quote, dieses und letztes Jahr mussten Prioritäten gesetzt werden angesichts des enormen Personalwechsels in den Beratungszentren. Allerdings müsse der Kinderschutz permanent gewährleistet werden. Aufgrund dessen seien die Eltern angeschrieben und um einen Besuch im Jugendamt gebeten worden. Unter dem Aspekt, dass die Willkommensbesuche seit 9 Jahren durchgeführt werden und Familien teilweise das zweite oder dritte Kind in dieser Zeit bekommen hätten, werde verständlich, dass manche Familie keine Willkommensbesuche mehr benötige und ausschließlich nach dem Begleitbuch sowie nach dem Kapuzenhandtuch frage. Die Vorsitzende ergänzt, die Besuche zuhause bei den Familien seien sehr wertvoll, da ein Einblick gewonnen werde. Ein Besuch im Büro könne diesen Einblick nur teilweise kompensieren. Angesichts begrenzter Ressourcen werde die Frage der Prioritäten laut, was schwierig sei, so die Vorsitzende.

Vonseiten der freien Träger bedankt sich Frau Schmitt-Nerz bei den Mitarbeiter*innen des Jugendamts und für den aussagefähigen Bericht, der ihr persönlich als Nachschlagewerk diene. Herr Schulze-Gronemeyer bezieht sich auf den zweiten Teil des Geschäftsberichts mit dem Jugendamt als Träger und äußert seinen Dank für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung durch die Beratungszentren im Kinderschutz. Ebenso funktioniere die Zusammenarbeit mit der städtischen Jugendhilfe und der Jugendhilfe der freien Träger sehr gut. Herr Herweg spricht sich ebenfalls für die sehr gute Zusammenarbeit mit den freien Trägern aus und bedankt sich für die vielen positiven Rückmeldungen und Impulse.

Frau Weegmann schließt sich den positiven Worten ihres Vorredners an und bemerkt, sie habe eine Anregung zum Kita-Platzmanagement. Für die freien Träger wäre es eine Erleichterung, wenn Schnittstellen vorhanden seien und eine Automatisierung die Folge wäre. Hierzu unterrichtet Frau Dr. Heynen, dass es einen neuen Online-Service KiTS (Kindertagesstättenfinder) geben werde. Wünschenswert sei ein gut funktionierendes, klagefreies gemeinsames Platzmanagement, unterstreicht Frau Dr. Heynen.

Frau Schulze ergänzt, es sei angedacht, im Kita-Platzmanagement eine größere Transparenz für die Eltern zu gestalten. Darüber hinaus unterrichtet sie über die Umsetzung einer zweifachen Besetzung der telefonischen Hotline. Die Beschwerden über die Nichterreichbarkeit des Platzmanagements gingen seitdem zurück. Langfristig müsse die Schnittstellenproblematik zwischen einer Zusage und der Eingewöhnung des Kindes, das sogenannte "Platz-Hopping", gelöst werden.

Darüber hinaus wäre es hilfreich, so Frau Weegmann, wenn im Prozess einer Kinderschutzmeldung durch die freien Träger eine Rückmeldung, wie sich der Fall entwickelt habe, erfolgen würde.

Im weitere Verlauf unterrichtet Frau Dr. Heynen, dass in diesem Jahr das Beratungsstellengutachten mit einer Übersicht der Beratungsstellen in Stuttgart veröffentlicht worden sei. Die Weiterentwicklung der Erziehungsberatung, die Rolle des Familienrats, einzelne Beratungsschwerpunkte sowie die Schwangerenberatung seien für die nächsten zwei Jahre geplant.

Abschließend äußert Herr Herzog, er freue sich, dass im Bereich der Erziehungshilfen mit den vielfältigen Themen der Adoption, des Pflegekinderdienstes sowie der Inobhutnahme die Fragen des Gremiums zurückgegangen seien. Die Inobhutnahme der kleinen Kinder sowie deren Eltern stelle eine große Herausforderung dar, die angegangen werde. Zum Ende der Beratung bedankt er sich für die vielen positiven Rückmeldungen.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GRDRs 821/2019 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Jugendamt (27)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-KB
 3. Referat T
Hochbauamt (2)
 4. Stadtkämmerei (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS